

Der Saar-Bergknappe

Organ des Gewerkvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands für das Saargebiet

Erscheint jeden Samstag für die Mitglieder gratis. — Preis für die Jahrestellenabonnenten 3.— Fr. monatl. ohne Votenlohn, für die Postabonnenten 15.— Fr. vierteljährlich.

Für wirtschaftliche u. geistige Hebung des Bergarbeiterstandes

Geschäftsstelle des „Saar-Bergknappen“: Saarbrücken 2, St. Johanner Straße 44. — Fernsprech-Anschluß: Amt Saarbrücken, Nummer 1530, 1002, 2003, 3194.

Hinweg mit Miesmacherei und Mißtrauen!

Einige Bemerkungen.

Die angekündigte Sonderunterstützung kam am letzten Sonntag zur Auszahlung. Es freut uns, daß dieses praktische Ergebnis sachlicher Gewerkschaftsarbeit namentlich im Besitz der Mitglieder ist. Die **W e s s i m i t e n** sind ja jetzt eines anderen belehrt. Ach, wie waren sie doch so eifrig dabei, eine miese Stimmung zu machen. „Es gibt ja doch nichts“, war ihre ständige Redensart, weil die Durchführung der Unterstützungsmassnahme Zeit erforderte. Die Unterlagen zur Berechnung der Unterstützung waren doch nicht von heute auf morgen zu beschaffen. Und die Mittel dazu findet man auch nicht auf der Straße. Zuerst mußten die Jahrestellen die Unterlagen zusammenstellen. Nach diesen Unterlagen mußte gemäß den festgelegten Richtlinien die auf jedes einzelne Mitglied entfallende Summe errechnet werden. So dann mußten alle Mitglieder wiederum in Reihenlisten eingetragen werden, ebenso die einzelnen Unterstützungsbeträge. Erst an Hand dieser Unterlagen konnte die erforderliche Gesamtsumme festgestellt werden. Und die Unterlagen mußten da sein, bevor die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden konnten. Diese Mittel lagen, wie schon betont, nicht auf der Straße. Es bedurfte vieler eingehender und nachhaltiger Verhandlungen, um die Bewilligung zu erreichen. Das dabei Zeit verging, ist nur zu verständlich. Das kam den „läudigen Brüder“ sehr gelegen. Jetzt konnten sie nämlich in Miesmacherei nur so schwelgen. „Ich habe ja immer gesagt, daß es nichts gibt!“ — so und ähnlich triumphierten sie. „Sie (gemeint waren die Beamten der Bewegung) schmiereten uns Brei um den Mund, damit wir Dummen die Beiträge zahlen sollten, aber raus schlugen sie nichts.“ O war das ein Geraune und Rumoren in den Arbeiterzügen, auf dem Grubenwege und auf der Arbeitsstelle. Die gläubigen Mitglieder, die an einen Erfolg ihrer Organisation fest glaubten, konnten es fast nicht mehr aushalten. Viel Ärger und Verdruß mußten sie in Kauf nehmen. Und die **W a n k e l m ä t i g e n** waren schon am Ueberlegen, ob sie nicht dem Vertrauensmann die Tüze weisen sollten. — Nunmehr haben aber die gläubigen Mitglieder ihre Rechtfertigung erfahren. Die Unterstützung ist ausbezahlt. Alle haben sie empfangen, die Miesmacher, die Wankelmütigen und die Gläubigen. Ob nun die beiden ersten Gruppen die nötigen Schlussfolgerungen ziehen? Mühen sie sich nicht ihrer Miesmacherei und Wankelmütigkeit schämen? Wir wollen hoffen, daß sie jetzt Einkehr halten und auch Mitglieder werden, die Vertrauen zu ihrer Organisation haben.

Neben dem war auch wirklich Häßliches festzustellen. Es wurde mit Verleumdungen und Unterstellungen gearbeitet. „Die (wiederum natürlich die Gewerkschaftssekretäre) füllen sich zuerst ihren Sack, das Wenige, was dann übrig bleibt, bekommen wir.“ So mußten es unsere Vertrauensleute gar oft hören. Oder ganz Saperluge meinten, das Geld sei schon lange da, aber es müßte erst noch den Sekretären einen gehörigen Wagen Zins eintragen. Das waren, wie gesagt, die Ueberkläuener. Und wenn dann die Vertrauensleute die Haltlosigkeit dieser Unterstellungen nachwiesen, wurden sie mit der Frage traktiert, was sie für diese Verteidigung an harter Münze erhalten hätten. Daß diesen ob solcher Unterstellung oft der Kamm schwoll, ist leicht zu verstehen. Man wende sich nur in ihre Lage: erst arbeiten sie mühsam an der Zusammenstellung der Listen, dann laufen sie sich die Fersen wund, um alle

Zernsehenden in die Gewerkschaft einzureihen, stecken wöchentlich alle Vorwürfe und Anwürfe ein beim Auotragen des Saarbergknappen und besonders beim Einlassieren der notwendigen Beiträge, alles Arbeiten, die sie aus Liebe zu ihrer Standes Sache, aus Liebe zu ihren Kameraden vollführen, ohne das geringste dabei zu verdienen — und dann solche Vorwürfe! Wo sollten die Sekretäre denn das Geld hernehmen, um die Vertrauensleute zu „besuchen“? Glaubst man, es gäbe Geld ohne Beleg? Die quittierten Listen der Jahrestellen, worauf jedes einzelne Mitglied den empfangenen Betrag bescheinigte, bilden die Belege. Darüber hinaus gibt es keinen Centimes. Das könnte heute doch auch der Unvertraueste wissen. Die solch unschöne Gesinnung offenbarten, haben sich nur selbst in ein schlechtes Licht gesetzt. Wo bliebe die Arbeiterbewegung, wenn sie auf Führer und Vertrauensleute mit solcher Gesinnung angewiesen wäre! Gott sei Dank denkt die Mehrzahl der Mitglieder anders. Sie wissen die mühevollen und wirklich uneigennütigen Arbeit der Vertrauensleute und Führer zu schätzen. Das gereicht uns zum Trost und ist uns immer wieder der Ansporn, so wie bisher auch weiterhin treu und redlich für die bedrängte Bergarbeiterenschaft unsere Pflicht zu erfüllen. Die Unvertrauten mögen völlig beruhigt sein: weder die Ver-

trauensleute erhielten oder erhalten eine Extrawurst, noch die Gewerkschaftssekretäre auch nur einen Heller. Was sie für die Bergmannsfamilien herauszuschlagen, taten sie aus Pflichtgefühl, das sie nun schon viele Jahre hindurch bestimmt, trotz mancher Schmähungen und Verleumdungen uneigennützig ihre schwere Pflicht zu erfüllen. — Wer nun noch nicht von seinem Mißtrauen befreit ist, dem diene das alte Wahrwort zur Beachtung: Wer einen andern hinter der Fede jagt, hat selbst schon dahinter geoffen.

Worauf es nun ankommt: der Miesmacherei, dem Mißtrauen in die Bewegung, der Verleumdung des Gewerkschaftsgedankens müssen wir energisch zu Leibe rücken. Unser Gewerkverein hat gerade in letzter Zeit genügend Beweise erbracht, daß durch geschlossene Einigkeit Erfolge erzielt werden in wirtschaftlich schlechter Zeit, an die in früheren Jahren kein Gewerkschaftler geglaubt hätte. Sollen wir uns nun gegenseitig die Freude am Erfolg selbst vergällen und uns so des Impulses zu neuer tatensfroher Arbeit im Dienste der Bergmanns Sache berauben?! Das darf nicht sein. Darum haben wir heute ganz offen geredet und die **S p a l t p l i z e** gekennzeichnet, die der Standes Sache der Bergleute zum Verderben werden, wenn ihre Beseitigung nicht gelingt.

Soziale Verständigung

Zur 10. Tagung der Gesellschaft für Sozialreform

Die Gesellschaft für Soziale Reform hielt in den Tagen vom 27. bis 30. Juni in Hamburg ihre zehnte Hauptversammlung ab. Diese Tagung erlangte eine besondere Bedeutung insofern, als die Gesellschaft auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken konnte und Vertreter der deutschen Arbeitgeber erstmalig an einer Tagung sich beteiligten. Wenn man die frühere Einstellung der Arbeitgeber zur Gesellschaft für Soziale Reform sich vergegenwärtigt, dann muß man die Tatsache der diesmaligen Teilnahme von Arbeitgebern schon als ein Ereignis, das mehr wie Tagesbedeutung besitzt, einschätzen. Die Gesellschaft für Soziale Reform wurde nämlich nach ihrer Gründung vom Arbeitgebertum in ähnlicher Weise bekämpft wie die Gewerkschaftsbewegung. Die Worte „Verstiegenen Ideologen“, „Kathedersozialisten“, „Wollenluftschweimer“, die gegenüber den Gründern und Trägern der oben genannten Gesellschaft in Kreisen und Organen des Unternehmertums gebräuchlich waren, machten auch vor Gelehrten von Weltruf, wie einem Adolf Wagner, Enzo Ventana, Hermann Franke und anderen nicht halt. Und der soziale Minister Freiherr v. Berlepsch wurde in die Wüste geschickt, weil der Haß des Unternehmertums es so wollte. — Es ändern sich die Zeiten und auch die Menschen. Bei der Versammlung, die eine 25jährige Tätigkeit abschließen konnte, sah die Gesellschaft für Soziale Reform Arbeiter (freie, christliche und „Hitische“), Arbeitgeber, Wissenschaftler und Staatsvertreter vereint, alle von dem Willen befeelt, der sozialen Verständigung zu dienen. Als Hauptprobleme behandelte die Tagung das Lohnproblem und die Sozialversicherung. Wissenschaftler, die der Arbeiterschaft nahe stehen, Arbeitervertreter, Arbeitgeber u. Staatsvertreter äußerten sich zu diesen brennenden Fragen.

Es ist natürlich, daß auf den ersten Hieb kein Baum fällt, das heißt, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich nicht rührselig einander in die Arme fielen, sondern frei ihre Meinung zu den Problemen so äußerten, wie man sie von den verschiedenen Stellungen aus sieht. Aber das muß gesagt werden, daß die Meinungsäußerung, wie sie in Hamburg erfolgte, nur der Sache dienen kann und geeignet ist, die großen Gegensätze, die sich zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberenschaft aufgetan haben, zu mildern. Wird auf diesem Wege mit dem ehrlichen Willen zur Ver-

ständigung fortgeschritten, dann kann das nur beiden Teilen dienlich sein.

Eine wertvolle Würdigung

der Tagung brachte am 6. Juli unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ (die übrigens mehr wie bisher in den Haushalten unserer Mitglieder zu finden sein dürfte). Damit auch unsere Mitglieder sich orientieren können, inwiefern die Hamburger Tagung der Gesellschaft für Sozialreform für die Arbeiterbewegung von Bedeutung werden kann, geben wir die Ausführungen des „Deutschen“ ungekürzt hier wieder.

Die 10. Hauptversammlung war gleichsam die **K r ö n u n g s f e i e r** der vorhergehenden 25jährigen Arbeit der Gesellschaft. Als vor gut 25 Jahren sozialgeprägte Männer die Gesellschaft für Sozialreform gründeten, um dem Gedanken einer herzhaften Sozialpolitik zum Durchbruch zu verhelfen, erschienen die Voraussetzungen für einen Erfolg kaum gegeben. Nur der Glaube an den endlichen Sieg des Guten im Menschen und in der Welt konnte die Kraft aufbringen, die fortan aufgebracht werden mußte.

Die mit viel gutem Willen begonnenen sozialpolitischen Anläufe der Reichsregierung in den 90er Jahren kamen bald durch einen teils konservativen, teils liberal individualistischen Zeitgeist ins Stocken. Freiherr von Berlepsch mußte, weil er der Schwerindustrie zu sozial gesinnt war, seinen Ministerposten verlassen. Und Johann Giesberts tat gut daran, daß er auf der Hamburger Tagung die Arbeitgebervertreter, die sich über die Eingriffe des Staates in die Wirtschaft beklagten, an diesen traurigen folgen schweren Akt erinnerte. Von der neu gegründeten Gesellschaft für Soziale Reform wurde die dortige und doch so unendlich notwendige soziale Arbeit aufgenommen. Die Gegnerschaft bestand aus einer kurzfristigen,

die Zeichen der Zeit

nicht verstehenden Regierung und einer Schwerindustrie, deren Charakterisierung sich hier erübrigt. Wesentlich erschwert wurde die Arbeit der Sozialreform durch die klassenkämpferisch eingestellte Sozialdemokratie, deren revolutionärer Geist einer Sozialreform grundsätzlich gegenüberstand. Hoffnung und Kraft gab den Gründern der Sozialreform die Tatsache, daß sich die christlich-nationale Arbeiter-

Bewegung sofort zur Mitarbeit bereit fand. Entsprachen doch die Grundsätze und Ziele der Gesellschaft durchaus der grundsätzlichen Einstellung der christlichen Arbeiterbewegung.

Dann begann eine Zeit schwerer, doch fruchtbringender Arbeit. Schade, daß Freiherr v. Berlepsch die Krönung dieser Arbeit, deren sichtbarster Ausdruck die Hamburger Tagung war, nicht mehr erleben durfte. Die sozialistischen freien Gewerkschaften haben sich seit einigen Jahren der Gesellschaft der Sozialreform angeschlossen. Das war ein gewaltiger Fortschritt. Und wer die Vertreter der „freien“ Gewerkschaften, die Herren Tarnow und Splied, auf der Hamburger Tagung reden hörte, der mußte feststellen, daß dieser Fortschritt nicht nur ein rein äußerlicher war. Wie nächstens suchte Tarnow den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Privatwirtschaft Rechnung zu tragen. Nicht für die sozialistische Wirtschaft sprach er, sondern für

die Durchbringung der Privatwirtschaft mit sozialem Geiste.

Mit herzlich warmen Worten lehnte sich Splied für die Fortsetzung der Sozialreform ein, die weitgehendst gegen den Willen der Sozialdemokratie entstanden ist. Und wo blieb der revolutionäre extreme Klassengeist, als er von der Notwendigkeit des Schlichtungswesens sprach, damit nicht Wirtschaftskämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit dem Unglück des Gesamtvolkes quittiert werden müßten!

Doch nicht nur die „freien“ Gewerkschaften haben eine starke Wandlung durchgemacht, sondern auch die Arbeitgeber. Sie sind heute durch ihre Verbände Mitglied der ehemals so scharf bekämpften Gesellschaft für Sozialreform. Von dem leitenden Geschäftsführer der deutschen Arbeitgebervereinerung hörten wir die

Anerkennung des unbedingten Primats des Staates gegenüber der Wirtschaft.

Er sprach davon, daß die Selbstverwaltung das sicherste wirkende Mittel zur Erhaltung des Interesses des Volkes an der sozialpolitischen Arbeit und zur Entwicklung und Heranziehung der wertvollsten Volkskräfte zu diesem, das ganze Volk in allen seinen Teilen aufs tiefste berührenden Gebiet unserer inneren Politik sei. Und daß zugleich das verantwortliche Zusammenwirken in der Selbstverwaltung auf die Dauer wesentlich dazu beitragen könne, die sozialen Gegensätze abzumildern und damit zum inneren Frieden zu kommen.

Welch eine Wandlung gegen früher auch hier! Der unbefangene Zuhörer hatte nicht den Eindruck, daß die Haltung der Arbeitgebervertreter auf der Hamburger Tagung nur von der Taktik bestimmt wurde. Gewiß, wir täuschen uns nicht, die Sprecher waren die ersten Führer, andere, die auch Führer sein wollen, aber es in Wahrheit nicht sind, bewegen sich draußen im Lande noch weitgehendst in dem alten ausgetretenen Geleise. Und dennoch, die Fortschritte sind außerordentlich.

Fortschritte sind auch im Hinblick auf die

Einstellung des Staates zur Sozialpolitik und zur Sozialreform festzustellen. Wer die gut pointierte, mit sozialem Geist und starkem Willen erfüllte Rede des Ministerialdirektors Grieser aus dem Reichsarbeitsministerium auf sich wirken ließ, und sich dabei die geleistete sozialpolitische Arbeit des letzten Jahrzehnts vergegenwärtigte, der kann sich als Sozialpolitiker eines gewissen Triumphgefühls nicht erwehren.

Und so sah denn die Hamburger Tagung der Gesellschaft für Soziale Reform ehemals in ihren Anschauungen so weitgetrennte Gruppen unseres Gesellschaftslebens: Wissenschaft, Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Staatsvertreter in öffentlich sachlicher Aussprache zusammen, um der Sozialreform zu dienen. Ein Erfolg, der, wie zahlreiche Pressestimmen beweisen, auch allseitig anerkannt wird.

Die christlichen Gewerkschaften

aber können mit Genugtuung feststellen, daß die „freien“ Gewerkschaften wie auch die Arbeitgeber heute sich zu dem bekennen, was von ihnen schon vor ein paar Jahrzehnten mit aller Hingabe erstrebt und verteidigt wurde. Es kann mit Recht bezweifelt werden, ob die in der Gesellschaft für Soziale Reform vereinigten Wissenschaft die Beachtung gefunden und die Erfolge hätte erzielen können, wenn sich die christlich national gesinnte Arbeitnehmerschaft nicht sofort zur Mitarbeit bereit erklärt hätte.

Ein wichtiger Abschnitt in der Geschichte der Gesellschaft für Sozialreform hat feingliedrig abgeklungen. Wenn auch noch andere Kräfte und Strömungen zu der oben kurz skizzierten Entwicklung beigetragen haben, so wird

das Verdienst der Gesellschaft für Sozialreform damit nicht geringer. Nun hebt ein neuer Abschnitt an. Es gilt, die zusammengebrachten vier Kräfte unseres Lebens: Staat, Wissenschaft, Kapital und Arbeit, zur fruchtbringenden Gemeinschaftsarbeit zu vereinen. Vereinen, das heißt nicht eine machen. Und diese Gegensätzlichkeit birgt ja erst eine gewisse Gewähr des Fortschrittes in sich.

Aber wie selbst Feuer und Wasser, ohne daß jedes von seiner Eigenart verliert, in der rechten Form einander nahe gebracht, des Dampfes urgewaltige Kraft erzeugen, so können auch im Gesellschaftsleben bei einigermaßen gutem Willen aller Beteiligten, in gegenseitiger Achtung und Respektierung der Eigenart der einzelnen Glieder, Kräfte ausgelöst werden, die der Gesamtheit zum Segen gereichen.

Der Kampf um den berühmten „Ruch“, der auch auf der Hamburger Tagung wiederholt erwähnt wurde, wird, darüber geben wir uns keiner Täuschung hin, vor allem zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an Kraft nicht einbüßen. Aber er muß die verkehrende Schärfe verlieren, das zersetzende Gift muß ihm genommen werden. Er muß ausgelöst werden, mit dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit

auf dem Boden des Rechts.

Und gemeinsame Aussprachen zwischen den verantwortlichen Führern sind wohl geeignet, den Kampf zu mildern und in die rechte Bahn zu führen. Herr Probst vom Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften und Herr Otte vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften haben in Hamburg offen ihren Verständigungswillen ausgesprochen. Herr Otte hat in Nr. 481 der „Kölnischen Volkszeitung“ sogar von der Notwendigkeit gesprochen, durch eine unmittelbare Aussprache zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine Reihe von Fragen, die in Hamburg aufgeworfen worden sind, weiter zu vertiefen, um sie möglichst zu praktischen Ergebnissen zu führen.

Die Gesellschaft für Soziale Reform aber hat die Riesenaufgabe, das, was sie im ersten Vierteljahrhundert ihres Bestehens zusammengebracht hat, im nächsten Viertel zu vereinen. Sie kann diese große Missionsaufgabe nur dann erfüllen, wenn in ihr der alte Gründergeist rege bleibt, wenn sie unablässig und objektiv ohne Splittteriererei alles fördert, was die Parteien eint. Sie muß sich leiten lassen von der Liebe zum Gesamtvolke, vor allem aber der Liebe zu den Schwachen und Unterdrückten.

In die neu aufgenommenen Kameraden

Kameraden! Die Bergleute des Saarbergbaues machen gegenwärtig eine schwere Zeit durch. Die Widrigkeiten auf dem Weltkohlenmarke, unter denen die Bergleute Deutschlands, Englands, Polens und der Tschechoslowakei schon viel öfters litten als wir, konnten nicht mehr sämtlich abgewehrt werden. Ihr kennt die Folgen, die diese Widrigkeiten für den Saarbergmann mit sich brachten. Aber dessen könnt ihr gewiß sein, daß die Folgen noch weit drückender wären, wenn den Saarbergleuten die gewerkschaftlichen Organisationen nicht helfend zur Seite ständen.

Zeiten der Not sind dazu angetan, Gleichleidende als Schicksalsgefährten einander näher zu bringen. Es wäre ja auch unverständlich, wenn gleiche Sorgen und Leiden die Angehörigen eines Berufes auseinander und gegeneinander bringen sollten. Um nun auch euch einzureihen in das Selbsthilfeorgan der christlichen Bergleute, sind unsere Vertrauensleute an euch mit der Aufforderung herangetreten, der Rot- und Kampfgemeinschaft Gewerksverein christlicher Bergarbeiter beizutreten, um gemeinsam mit dem bisherigen Mitgliederstamme an der Behebung der Schwierigkeiten und der Milderung der Not zu arbeiten. Diesem Rufe seid ihr gefolgt. Ihr seid Glieder des Gewerksvereins geworden. Wir begrüßen euch mit einem kameradschaftlichen Handschlag und mit der Hoffnung, daß aus der Tatsache des Beitritts eine dauernde Mitgliedschaft erwächst.

Kameraden, ihr seid nicht zu Fremden gekommen. Ihr habt euch eingereiht in die Kampffront eurer Berufsbrüder. Deren Sache ist eure Sache und eure Sache ist deren Sache. In der Gemeinschaft, in die ihr eingetreten seid, gilt immer der Grundsatz: Einer für alle, alle für einen. Das muß nun euer fester Vorbehalt werden, gemäß diesem Grundsatz zu handeln.

Aus dem Beitritt muß dauerndes Verbunden- und Verantwortlichsein erwachsen. Darum dürft ihr euch im Gewerksverein nicht fremd fühlen, sondern ihr müßt heimisch werden. Heimisch wird man aber nicht, wenn man das Haus nicht kennen lernt, in das man eingezogen ist. Das Verbunden mit dem Gewerksverein wird schon Tatsache werden, wenn ihr euch nun bemüht, ihn ganz kennen zu lernen.

Um den Gewerksverein kennen zu lernen, ist Bemühen darum Voraussetzung. Dieses Bemühen ist gar leicht gemacht. Wöchentlich bekommt ihr den Saarbergknappen zugestellt. Er behandelt grundsätzliche und akute Fragen; er gibt Rechenschaft von der Arbeit des Gewerksvereins; er teilt die Erfolge

Die Einstellung von Negern zu ihrer Gewerkschaftsbewegung

Mit dem Ford-Auto und der Maschine ist auch die Arbeiterorganisation in das „dunkle Land“ eingezogen. Die schwarzen Arbeiter machen genau so wie ihre weißen Brüder vom Mittel der Selbsthilfe Gebrauch. Auch die schwarzen Plantagenarbeiter in Guyana. Wie sie zu ihrer Organisation eingestellt sind und wie sie sie sehen, geben die unten folgenden Verse, denen der Arbeiterdichter Heinrich Vetsch, M.-Glöckner, die deutsche Form gab, schlichten, aber zu Herzen gehenden Ausdruck. Dem Inhalt der Verse merkt man an, daß die schwarzen Arbeiter ihre Bildung auf der Mission belamen, und wie ihr einfaches und unverdorbenes Gefühl ihre Sache zu Gottes Sache macht.

O Gott, wir treten zum Appell vor dich hin:
Richtung gib uns durch deine Gnade.
In Tyrannenhänden sind wir angstgequält,
Nur die Gewerkschaft ist unser Heil!

Uebergroß Lasten legen die Bedrücker uns auf,
Von den Herren kommt nur Qual und Not,
Doch was die Gewerkschaft tut, ist gut und gerecht!
Lang lebe die Gewerkschaft!

Mit deinem Segen ist sie geschaffen,
Du machst durch sie unser Elend zu Ende,
Ihr gebt uns gerechte Löhne und Satz zu essen
Und macht zur Luft unser Leben!

Arbeit und Hunger machten allezeit
Leid und Secke weh und wund,
Weil wir gewirkt für fernem Gewinn,
Stab wir alle arm geblieben.

O Gott, in deinem Willen
Haben wir uns alle zusammengeschlossen,
Kun beten wir voll Inbrunst zu dir:
Laß uns're Gewerkschaft nicht fallen!

O Gott, deine Hilfe ist wahr und stark!
Dies ist auf all unsern Wegen Gebet und Gesang.
Herr, stärke den Führer bei seinem Werk,
Und gib uns're Gewerkschaft die Kraft!

mit, die die vereinte Kraft im Gewerksverein ergiebt; er gibt die Forderungen kund, die im Interesse der Bergleute vertreten werden. Dieses Organ, das nun auch euer Organ ist, müßt ihr eifrig studieren. Dann erschließt sich euch das Wesen, die Bedeutung und die Richtigkeit des Gewerksvereins, dann werdet auch ihr wie die übrigen Mitglieder des Gewerksvereins, die nach vielen Tausenden zählen, immer enger mit eurem Selbsthilfeorgan verwachsen.

Dann müßt ihr euch mit den alten Gewerksvereinsmitgliedern unterhalten. Flagen euch Zweifel, dann fragt um Auskunft. Unterhaltet euch mit dem Vertrauensmann, der euch bedient. Alle Mitglieder der Zahlstelle, die im Vordertreffen stehen, werden gern bereit sein, euch in kameradschaftlichster Weise zu unterrichten.

Recht herzlich und dringend seid ihr eingeladen zu unseren Versammlungen und Konferenzen. Ihr dürft euch da nicht zurückhalten. Hier wird Aufklärung und Belehrung erteilt. Als Gleicher unter Gleichen müßt ihr euch da fühlen. Mit den anderen Mitgliedern müßt ihr euch verantwortlich fühlen für die Lage und die Fragen des Berufes. Diesem Verantwortungsbewußtsein müßt ihr Ausdruck geben durch rege Teilnahme am ganzen Leben der Organisation, deren Glied ihr geworden seid.

Kameraden! Beachtet unsere Hinweise. Wenn ihr nach ihnen handelt, dann wird das euch nie gereuen. Ihr werdet dann die hohe Aufgabe erfassen, die der Gewerksverein, der die Gemeinschaft der christlichen Bergleute verkörpert, für den Bergmannsberuf erfüllt und in der Zukunft zu erfüllen hat. Ihr werdet dann diese Gemeinschaft lieben lernen, woraus dann die notwendige Begeisterung und Opfersfähigkeit für die eigene Sache erwächst. Ihr werdet dann erkennen lernen, wie falsch es ist, dem Gewerksverein fern zu stehen. Es wird euch dann zur klaren Erkenntnis werden, wie ehrenhaft es ist, als fleißige Biene am Gedeihen des Berufes mitzuarbeiten, und wie häßlich es ist, als Drohne die Früchte der fleißigen Bienen einzubeheimsen.

Kameraden! Wir haben euch in ehrlicher Bereitschaft die Hand geboten. Schlagt ein und arbeitet mit in christlich-deutschem Geiste an der Hebung des Bergmannsstandes. Wir stehen ja nun als Kameraden in Reih und Glied. Geben wir uns gegenseitig das Gelobnis, der Fahne des Gewerksvereins immerzu treu zu folgen. Das gereicht euch und dem alten, lieben Bergmannsstande zur Ehre und zum Nutzen. Glückauf!

Um die Saargänger-Unterstützung

Den Bemühungen der gewerkschaftlichen Organisationen war durch das Entgegenkommen der Reichsregierung der Erfolg beschieden, daß den Arbeitern, die im Saargebiet beschäftigt sind, jedoch außerhalb des Saargebietes im Reich wohnen, eine gewisse Unterstützung zuteil wurde. Sie bestand in der Erstattung des Fahrgeldes, einer Barunterstützung und in der Niedererschlagung von Steuern. Es wurde nun gebräuchlich, diese Unterstützung, die in der Zeit der schlimmen Frankeninflation einsetzte, mit „Saargängerunterstützung“ zu bezeichnen.

Um diese Unterstützung wird in der letzten Zeit erneut gekämpft. Es muß ja anerkannt werden, daß das Reich bisher große Opfer brachte, um den Saargängern, wenn wir das nunmehr gebräuchlich gewordene Wort auch anwenden wollen, den Lebensunterhalt zu erleichtern und zu sichern. Das Reich hat gewiß durch sein Entgegenkommen den Dank der in Frage kommenden Arbeiter, Rentenempfänger und Organisationen verdient. Es war nun voranzusehen, daß bei erheblicher Besserung des Frankenstandes die Frage der Unterstützungsgewährung erneut akut werden wird. Das ist nämlich unwiderleglich, daß bei einem Frankenstande von 6,06 für 1 Mark mehr Mark gefaßt werden können als bei einem Stande von 10 oder 11 Franken für 1 Mark.

Infolge der nicht unerheblichen Besserung des Frankenstandes beschloß die Reichsregierung, mit Ablauf des Monats Juni 1927 die Fürsorgeaktion für die Saargänger ganz einzustellen.

Inzwischen hatten sich aber die Verhältnisse für die Saarbergleute insgesamt durch andere Umstände verschlechtert, sodaß die Besserung des Franken keinen Vorteil brachte. Es erfolgte der bekannte Lohnabbau und die Kürzung des Lohnes durch die eingelegten Feierschichten. Damit war auch der Vorteil mehr als hinfällig, den die Frankenbesserung den Saargängern bringen sollte.

Mit der Angelegenheit beschäftigte sich der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete.

Staatssekretär Schmid vom Reichsministerium für die besetzten Gebiete teilt mit, daß sowohl die Reichs- wie auch die preußische Regierung den Abbau der Saargängerunterstützung beschlossen hätten. Die Abgeordneten Hofmann-Ludwigshafen (Zentrum) und Kirchmann (Sozialdemokrat) forderten hingegen die Fortsetzung der Unterstützungsaktion. Auch der bayerische Regierungsvertreter erklärte, daß seine Regierung die Fortsetzung der Unterstützung, insbesondere die Erstattung der Fahrtkosten für notwendig halte. Es wurde dabei auf die Tatsache verwiesen, daß durch die Feierschichten und den erfolgten Lohnabbau die Lage der in Frage kommenden Arbeiterschaft nicht die erhoffte Besserung erfahren habe.

Entscheidung für Fortsetzung der Unterstützung.

Der genannte Reichstagsausschuß nahm nach eingehender Besprechung der Frage folgende Entscheidung Hofmann-Ludwigshafen einstimmig an:

„Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete ist der Meinung, daß die von der Reichsregierung eingeleitete Saargängerhilfsaktion wieder aufgenommen werden muß. Die Reichsregierung wird daher ersucht, noch vor der Sommerpause des Reichstages entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.“

In dieser Frage blieben die Bergarbeiterorganisationen nicht müßig. Sie sprachen in Berlin bei den zuständigen Reichsstellen und den in Frage kommenden Abgeordneten vor, um die Weitergewährung der Unterstützung zu erzielen.

Am 6. Juli beschäftigte sich der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete wiederum mit der Unterstützungsfrage.

Erklärung der Reichsregierung.

In dieser Sitzung ließ die Reichsregierung durch Staatssekretär Schmid folgende Erklärung abgeben:

„Die Reichsregierung hat in der Sitzung des Reichskabinetts vom Dienstag, den 6. Juli 1927, zur Frage des Abbaues der Saargängerunterstützung erneut Stellung genommen. Die Entscheidung des Reichstagsausschusses für die besetzten Gebiete vom 11. Juni 1927, die von der Reichsregierung eine Wiederaufnahme der Saargängeraktion fordert, bildete den Gegenstand eingehender Beratungen. Bei voller Würdigung der für die Wiederaufnahme der Saargängerunterstützung angeführten Gründe steht sich die Reichsregierung insbesondere mit Rücksicht auf die vom Herrn Arbeitsminister inzwischen eingeleiteten Hilfsmassnahmen für die Arbeiterschaft an der Saar, in welche auch die Saargänger einbezogen sind, außerstande, den am 30. Mai 1927 gefaßten Beschluß abzuändern.“

Der Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete sprach sein Bedauern über den Beschluß der Reichsregierung aus und nahm einen Antrag an, der die

Fortsetzung der Saargängerunterstützung

fordert. Neben dem Hauptantrag wurde noch ein Eventualantrag einstimmig angenommen, der zumindest die Weiterzahlung des Fahrgeldes für die Dauer des Kalenderjahres 1927 verlangt. Für diesen Zweck steht der Antrag die Bereitstellung eines Betrages von 2 1/2 Millionen Mark vor.

Die Frage der Saargängerunterstützung ist demnach noch nicht abgeschlossen. Das Reichskabinetts wird sich mit den Anträgen des mehrmals erwähnten Aus-

schusses noch beschäftigen müssen. Wie man aus dem geordnetentrefsen erfahren konnte, soll Aussicht bestehen, daß die Fahrtkosten entsprechend dem Eventualantrag weiter erstatet werden. Selbstverständlich sind die Bergarbeiterorganisationen nach wie vor bemüht, weiteres Entgegenkommen von der Reichsregierung zu erwirken. Im Interesse der Saargänger wünschen wir, daß den Bemühungen des Reichstagsausschusses und der Bergarbeiterorganisationen der Erfolg nicht verjagt bleibt.

Inzwischen ist die Meldung in der Presse, daß der Reichstag dem Antrag auf Weiterzahlung des Fahrgeldes zugestimmt hat.

Sind Gewerkschaften zwecklos?

Gewerkschaftliche Arbeiter sind gegenwärtig wieder eifrig dabei, der gewerkschaftlichen Betätigung jeden Nutzen abzusprechen. Schon oft haben wir durch eine Vergleichung zwischen der früheren und heutigen Stellung des Arbeiters im Volks- und Wirtschaftsleben die völlige Haltlosigkeit dieser aus egoistischen Motiven erspringenden Behauptung widerlegt. Wir können es uns heute erlauben, nochmals durch eingehende Darlegungen die in der Behauptung zum Ausdruck kommende Unwahrscheinlichkeit zu entkräften. Es mag genügen, auf eine Grundtatsache und die gewerkschaftlichen Erfolge der allerjüngsten Zeit zu verweisen.

Zunächst eine Grundtatsache für die Nützlichkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses:

Der deutschen Gewerkschaftsbewegung gehören Millionen Arbeiter und Angestellten an. Glaubt jemand, daß diese Millionen aus lauter Dummköpfen besteht, die nicht schämen können, ob die Gewerkschaftsbewegung nützlich oder zwecklos ist? Oder glaubt jemand, diese Millionen bezahlte lediglich der schönen Augen der Gewerkschaftsbeamten wegen die Beiträge? Oder glaubt jemand, sie leistete die Beiträge lediglich in dem Streben, die Unternehmer zu ärgern? — Nein, die Tatsache allein, daß Millionen Arbeiter und Angestellte große finanzielle und persönliche Opfer für die Gewerkschaftsbewegung bringen, sagt uns klar und zwingend, daß sie für die Arbeiterschaft von Nutzen ist. Aus dieser unwiderleglichen Tatsache ergibt sich das Festhalten von Millionen Arbeitnehmern an der Gewerkschaftsbewegung und ihre kühnliche Opferbereitschaft für sie. Es handelt sich da um die Schicht der Arbeiterschaft, die am tiefsten und am weitauslichsten liegt.

Nun die Erfolge in jüngster Zeit:

1. Die Bergarbeiterorganisationen erreichten eine Milderung des Lohnabbaues im Saarbergbau, die Einstellung und Hinausschiebung des Abbaubeginns, wenn sie nicht vorhanden gewesen wären, dann wäre dieser Erfolg für die Bergleute niemals gekommen. Somit wäre ihre Lage eine weit trostlosere als ja.

Familie und Heim

Abendstern und Morgenstern

Mit schweren Schritten geht der Mann durch den dunklen Abend. Den ganzen Tag hat das schwere Joch der Arbeit auf seiner Schulter gelastet, den ganzen Tag hat sein Auge an der Erde gehaftet und kaum Zeit gefunden, einen freien Blick ins Weite zu tun. Nun ist das Tageswerk vollbracht, und die stillen Sterne stehen am Himmel und grüßen friedlich nieder, aber er schaut nicht auf sie; sein Blick und sein Herz eilen den Höhen voraus und suchen einen andern Abendstern, der bald durch die Wälder schimmern wird, schöner als jener, der in der Höhe prangt.

Da glimmt das kleine Licht blinzeln und winkt ihm mit zitterndem Goldflingelein, das Licht aus seinem Hause! Tief atmet die müde Brust, und der Schritt wird fester und rascher. Das ist sein Abendstern, der schönste Abendstern, der ihm das Stübchen Paradies zeigt, das ihm eigen ist inmitten der fluchbeladenen dornenstrotzenden Welt — sein Heim!

Schon hebt sich das Dach vor seinen Augen, das wie eine Fenne mit mütterlichen Zügeln sein Lebensglück beschirmt, Weib und Kind, seine Familie. Wont nicht das helle Lachen der jungen Stimmen in die webende Dämmerung hinaus, und weht nicht schon der lockende Duft des Herdes herüber? Jetzt ist er nicht mehr arm und müde; mit keinem Könige möchte er tauschen, wenn er in den Kreis der Seinen tritt, der ihn umfängt mit warmer Liebe. Er überschreitet die Schwelle und schließt die Türe hinter sich; ausgeschlossen ist die dunkle Nacht, ausgeschlossen die weite wirre Welt; ausgeschlossen alles, was fremd und feindselig ist und vor ihm liegt seine eigene kleine liebe reiche Welt, die er sich selber aufgebaut hat mit Gottes milder Hilfe. Hier ist er König und Priester, Nährer und Lehrer, Helfer und Tröster, Ordner und Richter, allen alles, und das ganze Weisen ruht auf ihm, aber nicht wie eine Last, sondern wie eine Krone und ein Schmuck, ein Schatz an Liebe und Freude. Und wie er gibt aus vollem Herzen, so empfängt er auch von allen Seiten. Hier ist der Garten, wo alle Mühe und Arbeit

seines Lebens zur Frucht reift, hier ist die Quelle, aus der seine Kraft stets Verjüngung schöpft, hier ist die Werkstatt, in der er als berufener Meister mitbauen darf am großen Gottesreiche, und nirgends kommt ihm seine Würde und sein Adel so beglückend zum Bewußtsein, wie in diesem engen Kreise.

Weiß er, oder ahnt er wenigstens, daß in diesem engen Kreise Staat und Kirche, die ganze Menschheit ihre tiefste Wurzel hat? Da spielt die Flamme seines Herdes, den bescheidenen Raum und den schlichten Hausrat ringsum verklärend. Von diesem kleinen Feuerlein ist alles Licht ausgegangen, das die Menschenwelt durchweht und durchwaltet mit Gerechtigkeit und Ordnung, mit Fortschritt und Wohlstand, mit Kraft und Glüd. Würde dies Herdfeuerlein ausgelöscht, so sänte die Welt in die finstere Nacht der Verwilderung.

Steinle hat ein Bild gezeichnet, auf dem der Heiland zu sehen ist, wie er, den Wanderstab in Händen, von Sturm und Regen gepreßt, das Tor eines Schloßes oder einer Stadt hinter sich lassend, in die öde Weite wandert; ein Fuchselein schlüpft über den Weg in seinen Bau, und ein Vogel flattert in das Gesträuch, wo sein Nestlein hängt. Aus dem Wilde klingt die wehmütige Klage des Herrn, eine der ergreifendsten Klagen, die je über seine Lippen kamen: „Die Füchse haben ihre Höhlen und die Vögel haben ihre Nester, aber der Menschensohn hat nichts, wohin er sein Haupt legen könnte“. Auch er hatte in der Hütte zu Nazareth den süßen Frieden und das liebe Glüd des Familienlebens gekostet; aber wie er zu unserm Heile verzichtet hatte auf die herrliche Himmelsheimat, so wollte er auch die Erdenheimat opfern und unbekannt als Fremdling durch das Leben pilgern. Nach diesem Opfer blieb ihm nur noch eins zu tun übrig: Leib und Leben hinzugeben.

Die nötige Hingabe an eine ernste Lebensaufgabe, an eine heilige Sache mag die Familie entbehren, so selbstlos mit ihren Sorgen und Ansprüchen hinderlich erscheinen lassen. Aber das trifft nur in Ausnahmefällen zu. Was die Familie auch einem Manne der Arbeit und des höchsten tugendhaften Wirkens bedeutet, sagt Bismarck mit schönen warmen Worten in einem Briefe an seine Frau Johanna, geb. v. Wittkammer (24. Mai 1861): „Ich habe Dich geheiratet, um Dich in Gott und nach dem Bedürfnisse meines Herzens zu lieben und um in der weiten Welt eine Stelle für mein Herz zu haben, die all ihre kühnen Winde nicht erkalten, am bei Dir die Wärme des

heimatlichen Kaminfeuers zu finden, an das ich mich dränge, wenn es draußen kühlt und friert, nicht aber, um eine Gesellschaftsdame für andere zu finden. Denn es gibt nichts, was mir nächst Gottes Barmherzigkeit teurer, lieber und notwendiger wäre, als Deine Liebe und der heimatische Herd, der überall, auch in der Fremde, zwischen uns steht.“

Sechzig Jahre sind es her, daß der wadere Riehl sein prächtiges Buch über die Familie schrieb, „ein Idyll vom deutschen Hause“, wie er es selber charakterisiert. Schon damals schaute er oft bedauernd zurück auf die gute alte Zeit; aber wie vieles hat sich seitdem geändert, in diesen letzten sechzig Jahren! Wie vieles, was Riehl noch als festen Bestand und glücklichen Besitz verzeichnen konnte, ist verschwunden oder doch in Auflösung begriffen. Wenn irgend etwas den Freund des Volkes mit banger Besorgnis erfüllen mußte, dann war es die Wahrnehmung, daß das liebe alte deutsche Haus, das Heim, die Familie wankte in den Grundfesten. Ein solches Wanken aber muß auf die Dauer verheerend wirken wie ein Erdbeben. Gewiß, diese bellagenwerte Entwicklung hatte ihre Gründe. Am nur auf zwei hinzuweisen, auf den äußerlichsten und doch sehr wichtigen: wie das Rüststücker seine Schale, so muß die Familie ihr Heim haben, und das gerade wurde ihr, besonders in der Großstadt, mehr und mehr genommen; sowie auf den tiefsten Grund: die Familie steht in der engsten Wechselbeziehung zu Keilglosigkeit und Sittlichkeit; fallen viele Stützen, so wankt auch das Haus; und ist sich die Familie, so verlieren hinwieder Keilglosigkeit und Sittlichkeit ihren ersten und besten Nährboden.

Was wird die Zukunft bringen? Eine böse Zeit ist über uns gekommen, draußen ist es kalt und rau, dunkel und härmlich. Sollen wir uns da nicht um so enger und treuer um den warmen Nisten traulichen Herd scharen? Wir sind arm geworden, und die Genüsse des Lebens werden uns karg zugemessen. Sollen wir da nicht um so lieber aus der reichen Freudenquelle schöpfen, die in einer gelunden christlichen Familie auch dem Vermissten sprudelt? Wenn die schwere Zeit die Menschen wieder an den Herd zurückführt und die heiligen Bande des Familienlebens fester knüpft, dann soll sie geeignet sein in all ihrer Bescheidenheit und Kümmertheit. Dann wird das freundliche Licht des Hauses nicht bloß ein Abendstern der Ruhe nach mühevoller Arbeit, sondern auch der Worggrößern einer hoffnungsvollen Zukunft.

2. Im Monat Mai erreichten die Bergarbeiterorganisationen die Vermeidung von zwei Feiertagslöhnen. Ohne sie hätten die Saarbergleute den Lohnverlust in Kauf nehmen müssen.
3. Für sechs Feiertagslöhnen konnten die Bergarbeiterorganisationen die Soziale Zulage herauskämpfen. Ohne sie hätte es gar nichts gegeben.
4. Als Erfolg für den Lohnverlust durch Feiertagslöhnen erwirkten die Bergarbeiterorganisationen die am letzten Sonntag zur Auszahlung gekommene Sonderunterstützung. Noch niemals konnte eine derartige Unterstützung erzielt werden. Ohne die Bergarbeiterorganisationen hätte man den Bergleuten etwas gegeben.
5. Für die knappschaftlichen Rentenempfänger erhielten die Bergarbeiterorganisationen eine Sonderzulage von 2.100.000 Mark. Als diese Summe aufgebraucht war, erhielten sie für den Monat Juni nochmals die Sonderzulage in Höhe des Grundbetrages. Ohne Bergarbeiterorganisationen wären die knappschaftlichen Rentenempfänger leer ausgegangen.
6. In diesen Tagen sind in Berlin Vertreter der Regierungen des Reiches, Frankreichs und des Saargebietes zusammen gekommen, um die Frage einer Sanierung der Sozialversicherung des Saargebietes zu lösen. Niemals wäre es dazu gekommen, wenn nicht die Bergarbeiterorganisationen den Kampf darum geführt hätten.
7. Die Einkommensteuer wurde fühlbar ermäßigt und erhöht jetzt wiederum eine gewisse Ermäßigung. Nur dem Vorgehen der Gewerkschaftsbewegung ist dieser Erfolg zuzuschreiben.

Das sind nur die markantesten Erfolge der allerjüngsten Zeit. Wie lägenhaft die Behauptung ist, die Gewerkschaftsbewegung sei zwecklos, erweisen die angeführten Erfolge schlagend.

Endlich!

Wichtig für die Sozialrentner.

In Berlin sind die Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen im Gange, um endlich gemäß den in Würzburg im vergangenen Herbst vereinbarten Richtlinien zu einem Abkommen betreffend Sozialversicherung des Saargebietes zu kommen. Die Vorarbeiten für das in Aussicht genommene Abkommen, das eine Lastengemeinschaft oder Lastenverteilung zwischen Reich und Saargebiet für die Sozialversicherung des Saargebietes bringen soll, zogen sich längere Zeit hin, wodurch ein gewisser Unmut und auch Beunruhigung in den Kreisen der in Frage kommenden Rentenbezieher hervorgerufen wurde. Unberufen und ohne Verantwortung tragende Leute suchten diese Stimmung für sich auszunutzen, indem sie behaupteten, die Bergarbeiterorganisationen ließen es an dem nötigen Ernste und Nachdruck bei Verfechtung dieser Frage fehlen. Sie erhoben auch zu Unrecht grobe Beschuldigungen gegen das Reich. Genau wie die Frage der Sonderunterstützung ließ sich auch die hier angeschnittene Frage nicht im Handumdrehen lösen. Wichtige Vorarbeiten waren nötig, die bei der Komplexität des Problems längere Zeit ohne weiteres beanspruchten. Daß die Bergarbeiterorganisationen trotzdem auf eine schnelle Erledigung drängten, weiß jeder, der mit Aufmerksamkeit den Saarbergknappen verfolgte.

In das in Aussicht stehende Abkommen, das eine Lastengemeinschaft zwischen Reich und Saargebiet bringen soll, werden voraussichtlich einbezogen:

1. die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung;
2. die Angestelltenversicherung;
3. die Unfallversicherung, soweit Mit-Unfallrentner in Frage kommen;
4. die Knappschaftsversicherung.

Es ist auch möglich, daß für den letzteren Versicherungszweig ein besonderes Abkommen getroffen wird. Eine Regelung soll auch für die von eisen- und lothringischen Knappschaftsvereinen abhängigen Rentenempfänger erfolgen.

Es ist wohl nicht mehr anzunehmen, daß die nunmehr in Berlin stattfindenden Verhandlungen ohne praktisches Ergebnis bleiben. Wir werden daher in naher Zeit in der Lage sein, unseren Mitgliedern und den Sozialrentnern mitteilen zu können, welche Neuregelung und Besserstellung durch das Abkommen erfolgt ist.

Zur Kohlenpreisfrage im Reich

In der Sitzung, die am 16. Juni im Großen Ausschuss des Reichskohlenrates in Berlin stattfand, fand auf der Tagesordnung ein Preiserhöhungsantrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats um 7 1/2 Prozent. Dieser Antrag wurde einer kleinen Kommission zur Prüfung der Unterlagen überwiesen.

Am 27. Juni beschäftigte sich der Große Ausschuss erneut mit dem Preiserhöhungsantrag des Syndikats. Der Kleine Ausschuss hatte die Unterlagen geprüft und dann

zunächst mal festgestellt, daß der Reingewinn im April noch 0,58 Mark pro Tonne betragen habe und im Mai auf 0,34 Mark zurückgegangen sei. In dieser Errechnung fehlten

1. die Erlöse aus dem Werkselbstverbrauch,
2. die Handelsgewinne,
3. die Erlöse aus der Nebenproduktion.

Von den Vertretern der Arbeitnehmer, die der Kleinen Kommission angehörten, wurden auch die Unterlagen für diese Gewinne erbeten. Die Unternehmer lehnten diese Forderung ab, da nach ihrer Auffassung das Kohlenwirtschaftsgericht keine dahingehende Bestimmung enthalte. In der Kleinen Kommission war deshalb eine Einigung nicht zu erzielen. Auch in der Sitzung des Großen Ausschusses vertraten die Unternehmer denselben Standpunkt. Von den Vertretern der Arbeiter wurde aber nochmals mit allem Nachdruck betont, daß bei der erheblichen Ausbreitung der Gewinnung von Nebenprodukten im Bergbau auf die Dauer ein Ueberblick über Gewinn und Verlust gar nicht mehr zu erzielen sei, wenn die Erlöse der Nebenprodukte nicht miteingerechnet werden. Diesen Standpunkt vertraten übrigens auch die Vertreter der Kohlenverbraucher, u. a. Oberbürgermeister Sieglach und Landrat Bredow.

Bei der Abstimmung über den Preiserhöhungsantrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats wurde dieser Antrag gerade wegen der Meinungsdivergenz mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Herr Generaldirektor Tengelmann stellte darauf sonderbarer Weise den Antrag, eine Preiserhöhung für Kagerkohle und Gasflammtable einzusetzen zu lassen. Dieser Antrag bedeutete im Grunde genommen dasselbe wie der bereits abgelehnte. Die Preiserhöhung sollte ohnehin nur für Kohlen und Beifalls, und zwar nur im unbestrittenen Gebiet, eintreten. Trotzdem wurde dieser Antrag mit zwei Stimmen Mehrheit angenommen. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums erhob auf Grund des Kohlenwirtschafts-Gesetzes Einspruch gegen den Beschluß. Die übrigen Preiserhöhungsanträge vom Kohlen-Syndikat und vom Niedersächsischen Syndikat wurden abgelehnt. Die Preiserhöhungsanträge des Niedersächsischen, des Ober-Sächsischen und des Sächsischen Syndikats wurden einer Kommission zur Prüfung der Unterlagen überwiesen. Der Große Ausschuss des Reichskohlenrates beschäftigte sich am 11. Juli wiederum mit den Preiserhöhungsanträgen. Das Ergebnis war bei Rekrutenschluß noch nicht eingegangen.

Der Bergarbeiterstreik in den Vereinigten Staaten

Der am 1. April ausgebrochene Streik im nordamerikanischen Weichkohlenbergbau, von dem etwa 200.000 Mann oder ein Drittel der gesamten Belegschaft dieses Bergbaues betroffen werden, hat bisher noch keinen nennenswerten Einfluß auf die Kohlenlage in den Vereinigten Staaten und auf den Weltkohlenmarkt gehabt. Mit der nicht in den Ausmaß getretenen Belegschaft war es bisher möglich, eine Förderung zu erzielen, welche ausreichte, um den gegenwärtigen Kohlenbedarf des Landes zu decken. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Zechen und Verbraucher, die schon seit Monaten den Streik befürchteten, große Kohlenvorräte angesammelt hatten. Es soll sich dabei, wie aus amtlicher amerikanischer Quelle mitgeteilt wird, um 80 bis 90 Millionen Tonnen handeln. In den letzten Wochen hat der Streik noch eine gewisse Verschärfung erfahren. In einzelnen Anthrazitkohlenbezirken, die an dem Streik nicht beteiligt sind, sollen nämlich vor kurzem gleichfalls erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Zechenbesitzern und Bergarbeitergewerkschaften entstanden sein. Dabei handelt es sich um das sog. „Abzugssystem“. In den letzten Lohnabkommen für den Anthrazitbergbau soll nämlich nach Angabe der Bergarbeiter mit den Unternehmern vereinbart worden sein, daß letztere den Bergleuten bei der Zahlung des Lohnes die an die Gewerkschaften zu entrichtenden Beiträge in Abzug bringen sollen. Es hat den Anschein, als ob die diesbezüglichen Bestimmungen der letzten Abkommen unklar sind, denn die Zechenbesitzer behaupten, zu dem von den Bergarbeitern verlangten Abzugssystem nicht verpflichtet zu sein. Außerdem soll es den Führern des Ausstandes gelungen sein, im Bezirk von Westvirginia einen weiteren Teil der Belegschaft zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen. Die Zechenbesitzer geben dies zwar zu, behaupten aber, daß es sich hierbei nur um eine geringe Zahl von Bergarbeitern handele, und daß dadurch die Produktion nicht beeinträchtigt werde. Andererseits verkennen sie nicht, daß der Kampf seitens der Streikenden, insbesondere ihres Führers Lewis, mit größter Zähigkeit geführt wird. Sie rechnen daher mit einer längeren Dauer des Ausstandes. In irgend welchen Ausschreitungen ist es jedoch nirgends gekommen; man rechnet auch fernerhin nicht damit.

Von den Arbeitsstätten der Kameraden

Berginspektion Heintz. Am 24. Juni beschäftigte sich eine Sitzung des Tarifausschusses mit zehn eingereichten Beschwerdefällen. Zunächst konnten vier dieser Beschwerden nicht erledigt werden, da von Seiten der Verwaltung eine Prüfung noch nicht erfolgt ist. Die Strafe des Kameraden Rehmer wird erlassen. Ueber den Kameraden Kunz wurde eine Strafe von 15 Prozent des Schichtverdienstes verhängt. Sie wird auf 5 Prozent ermäßigt. Wegen Führen schlechter Kohle wurden die Kameraden Spang, Koch, Klief, Kopp, Ulrich, Höhn, Bronhöfer, Kosch, Wagner und Marschall bestraft. Eine Einigung war nicht möglich und wurde die Beschwerde zur weiteren Behandlung dem Haupttarifausschuss überwiesen. Von dem Kameraden Dumont wurde eine Entschädigung wegen abhanden gekommener Kleidung in der Badeanstalt gefordert. Die Grube weist die Forderung zurück. Es wird

von ihr behauptet, daß ein Schloß zum Abperren geschloß habe. Für die Beschaffung dieses Schloßes sei der Eigentümer der Kleider verantwortlich. Eine Aussprache über die Entloftung des Kameraden Jung lehnt die Verwaltung ab.

Grube Frankenholtz. Tarifausschuss-Sitzung.

1. Beschwerde: Ludwig Karl 2 wegen Streichung von 0,7 Schicht.
2. „ Boab Jakob 1 wegen Nichtgewährung Urlaubes für 1926/27.
3. „ Jung Wilhelm 4 wegen Streichung von 1/10 Schicht.
4. „ Der Kameradschaft Vill Ludwig, Lehmann Christian, Jung Ludwig wegen Aussablung unter dem Mindestlohn.
5. „ Der Kameradschaft Trichter Karl 3 wegen Bestrafung.
6. „ Sau Otto wegen Aussablung unter dem Mindestlohn für April.
7. „ Feig Oskar wegen Nichtanerkennen als Hausbauvorstand.
8. „ Boab Jakob wegen Streichung von 1/10 Schicht. (In allen Fällen konnte eine Einigung nicht erzielt werden und mußte somit die Ueberweisung an den Haupttarifausschuss erfolgen.)
9. „ Haber Peter wegen Nichtgewährung von Verantwortungszulagen. Haber erhält ab 1. März eine Verantwortungszulage von 0,40 Fr. je Schicht nachgezahlt.
10. „ Walter Umlauf wegen Nichtgewährung von Verantwortungszulagen. Umlauf erhält ab 1. März 0,40 Fr. für jede verfabrene Schicht nachgezahlt.
11. „ Zimmer Ludwig 2 wegen Urlaubentzuges für eine Schicht. Die Beschwerde wurde dem Haupttarifausschuss überwiesen.
12. „ Albert Müller 4 wegen Abzug für Kloofhammer-Reparaturen. Zweck weiterer Prüfung erfolgte Vertagung.
13. „ Richard Weingard wegen Bestrafung einer 2. Schicht gemäß § 43 Absatz 2 der A.-D. Weingard erhält die 2. Schicht bezahlt.
14. „ Peter Lupp wegen Abzug von 3,50 Fr. für ein Lampenglas. Lupp erhält 2,50 Fr. zurückentzahlt.
15. „ Der Kameradschaft Thomas Santum wegen Bestrafung von Februar ds. Js. Der Beschwerde der Kameradschaft wird stattgegeben.
16. „ Hermann Göddel wegen Urlaubentzug für Karlsruher und Steinmüller Friedrich wegen Urlaubentzuges wurde im Sinne der Antrozisteller erledigt.
17. „ Lona Erwin wegen Urlaubentzug wurde abgewiesen.
18. „ Albert Herz wegen Bestrafung von einer halben Schicht. Der Kamerad erhält die halbe Schicht zurückentzahlt.

Tauschmann sucht Hauer Peter Paul, Einersberg, Richtestraße 30, zur Verlegung von Grube Feinich nach Brefeld ober Götterborn. Meldung beim Kameraden oder Bezirksbüro Reunkirchen.

Dankagung. Für die freiwillige Sammlung der Belegschaft der Grube Camphausen, die den Betrag von 1484,59 Fr. ergab, sage ich allen Spendern an dieser Stelle herzlichsten Dank.

Frau Witwe Georg Käzler, Fischbach.

Nachruf. Unsere Jahrestelle hat einen sehr schmerzlichen Verlust erlitten durch den Tod des Kameraden Matthias B i e w e r. Er war das älteste Mitglied unserer Jahrestelle. Seit dem 16. Mai 1904 war er ununterbrochen ein treues und opferbereites Mitglied des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter. Als im Kriege die meisten Mitglieder draußen waren, hat er für den Fortbestand der Jahrestelle gesorgt. Man konnte sich eben immer auf ihn verlassen, weil er aus innerster Ueberzeugung Gewerkschaftler war. Ihm nachzuahmen soll uns Pflicht sein. Sein Andenken wird die Jahrestelle immer in Ehren halten.

Der Vorstand der Jahrestelle Großrosseln.

Der Kamerad Johann Schikofski wurde durch den Tod aus unserer Mitte abgerufen. Ein herber Verlust hat uns dadurch getroffen. Schikofski war nämlich ein sehr treues Mitglied. Immer stand er seinen Mann, wenn es für die Interessen des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter und des Bergmannsstandes einzutreten galt. Wir werden seiner stets ehrend gedenken.

Der Vorstand der Jahrestelle Kölln-Sellerbach.

Bekanntmachung

Der 29. Wochenbeitrag (Woche vom 10. bis 16. Juli) ist in dieser Woche fällig.

Für die Redaktion verantwortlich: R. Kiefer. Verf. des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands. Druck: Saarbrücker Druckerei und Verlag H. G.